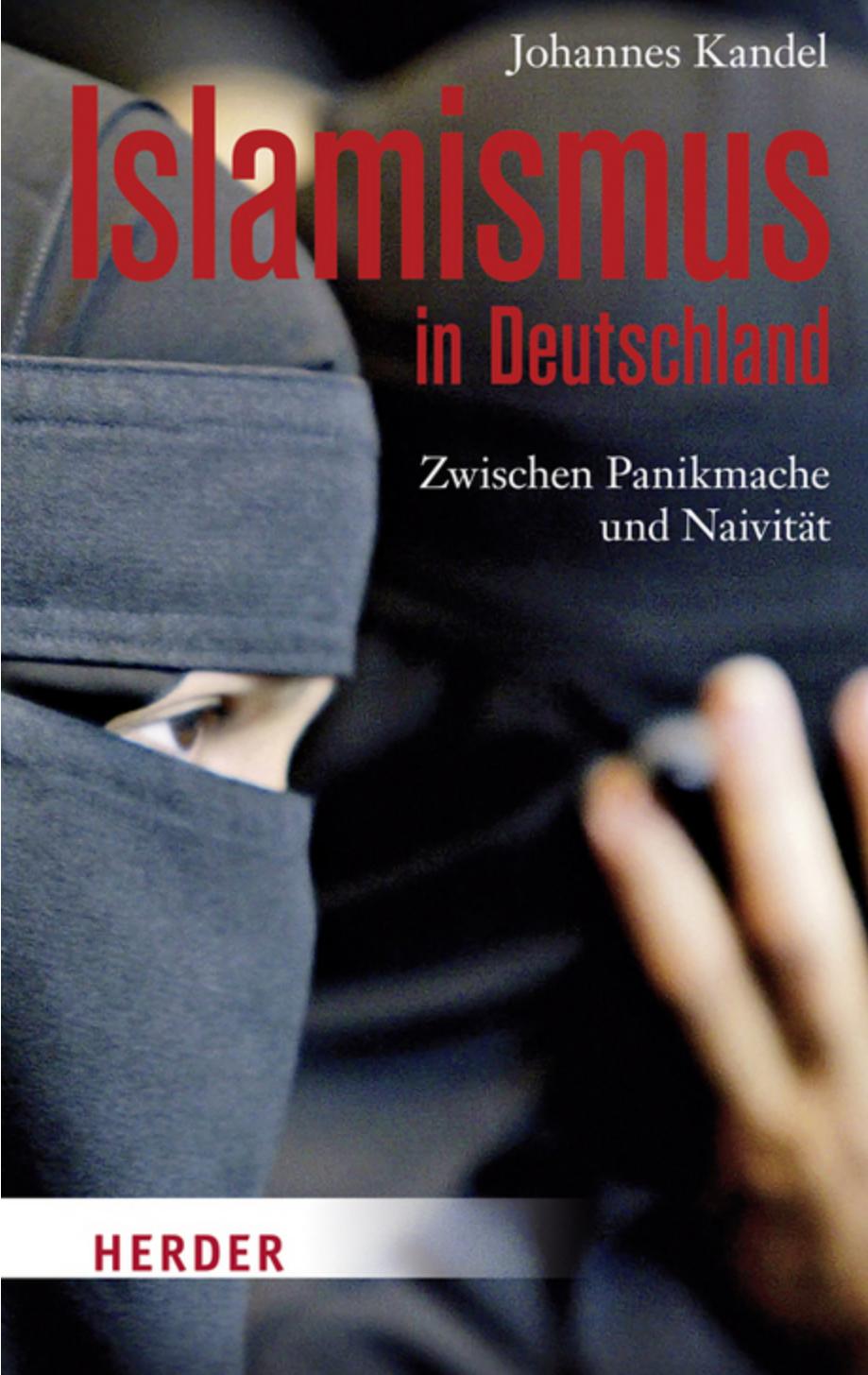


Johannes Kandel

Islamismus in Deutschland

Zwischen Panikmache
und Naivität

HERDER



Johannes Kandel

Islamismus in Deutschland

Zwischen Panikmache
und Naivität

HERDER

Johannes Kandel

Islamismus in Deutschland

Zwischen Panikmache und Naivität



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2011
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Datenkonvertierung eBook: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

ISBN (E-Book) 978-3-451-33657-7
ISBN (Buch) 978-3-451-30339-9

1. Was ist Islamismus?

Der Islamismus als politische Ideologie und Bewegung

Der Islamismus ist eine wichtige Variante des Islam in der Gegenwart. In der aktuellen Diskussion über den Islam wird von Muslimen und auch von Nicht-Muslimen häufig behauptet, dass der Islamismus ein „Missbrauch“ des Islam sei. Andere bestreiten gar, dass er überhaupt etwas mit Islam zu tun habe. Manche Feinde des Islam halten dagegen, dass sich der Islamismus zwangsläufig aus dem Islam entwickeln müsse, weil der Islam seinem „Wesen“ nach undemokratisch und gewaltfördernd sei. Beide Seiten glauben genau zu wissen, was der „wahre Islam“ ist.¹ Solche Positionen führen jedoch zu keiner sachlichen Diskussion über den Islamismus. Es gibt keine geschichtliche Notwendigkeit, dass aus dem Islam Islamismus wird, aber es besteht die Möglichkeit. Es kann also einen Islam ohne Islamismus, aber keinen Islamismus ohne Islam geben. Für den Zusammenhang von Islam und Islamismus ist es wichtig zu wissen, dass der „Islam“ (= „Hingabe“, „Ergebung“) nicht nur eine Religion ist, sondern immer auch ein politisches Projekt der Gesellschaftsveränderung.

Die geistigen Ursprünge, Grundorientierungen und Ziele des Islamismus lassen sich auf vier Grundmerkmale zuspitzen. Der Islamismus ist eine

1. politisch-extremistische Herrschaftsideologie, deren Kern eine Ideologie der Ungleichheit bildet: Andere Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen werden abgewertet, und ihnen wird eine gleichberechtigte Existenz neben dem Islam, der als die einzige „wahre“ Religion verstanden wird, verweigert. Politische Herrschaft wird aus der Religion (Scharia) begründet. Universale Menschenrechte, so wie sie in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 formuliert sind,

- werden als „unislamisch“ zurückgewiesen und das Prinzip der Säkularität, d. h. der Trennung von Staat und Religion, verworfen;*
- 2. politische Protest- und Oppositionsbewegung gegen muslimische diktatorische Regime, die als „unislamisch“ verurteilt werden („der nahe Feind“), und gegen „den Westen“ als die Verkörperung der „islamfeindlichen“, „ungläubigen“ Mächte („der ferne Feind“);*
 - 3. soziale Bewegung, die soziale Dienstleistungen (z. B. Arbeit, Bildung, Kultur, Freizeit) anbietet, nicht zuletzt um Sympathisanten für die Bewegung und Rekrutten für den „dschihad“ zu gewinnen;*
 - 4. global-transnationale (virtuelle) Diskursgemeinschaft („Islamismus 2.0“), ein Bildungs- und Informationsnetzwerk sowie eine operative Agentur islamistischer Aktivisten.*

Die ideologischen Grundprinzipien und die daraus folgenden Politikentwürfe des Islamismus sind eine Spielart des politischen Extremismus. Uwe Backes und Eckhard Jessen bestimmen politischen Extremismus als „Absage an fundamentale Werte, Verfahrensregeln und Institutionen demokratischer Verfassungsstaaten“. Der politische Extremismus formuliert auf der ideologischen Ebene einen dogmatischen, absoluten Wahrheitsanspruch, folgt Freund-Feind-Stereotypen, lehnt gesellschaftlichen Pluralismus ab und sucht seine Ziele mit ausgeprägtem Missionsbewusstsein durchzusetzen.² Mit Hannah Arendt können wir den Islamismus auch zugesetzt als eine „totalitäre Ideologie“ bezeichnen. Totalitäre Ideologien erheben einen „Anspruch auf totale Welterklärung [...] und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen.“³ Die Islamisten verstehen den Islam als die große, absolut wahre Erzählung von der Erschaffung der Welt, dem Willen Allahs in Bezug auf die Bestimmung des Menschen und dem Ende der Welt (Jüngstes Gericht). Sie erheben den Anspruch, die göttlich gesetzten Normen und Regeln muslimischer Lebensweise zu kennen und die für die Errichtung eines islamischen Staats- und Gemeinwesens notwendigen religiösen und politischen Strategien richtig einzusetzen. Die Islamisten betonen die „Einheit und Einzigkeit Allahs“ („tawhid“) und seine souveräne Herrschaft,

die sich in der Harmonie von Glauben und Leben, Religion und Politik in der islamischen Gemeinschaft („umma“) ausdrücken soll.

Das islamistische Credo brachte der marokkanische Imam Mohammed Fazazi in einer seiner berüchtigten Predigten im Jahre 2000 in der Hamburger Al-Quds-Moschee auf den Punkt: „Die islamische Religion ist umfassend, vollständig, widerstandsfähig, komplett und vollkommen. Und sie mischt sich ausnahmslos in alle Bereiche des Lebens ein. Der Islam hat Antworten auf jede Frage und für alles ein besonderes Programm.“⁴ Fazazi formulierte das grundlegende Prinzip des Islamismus: „Der Islam ist die Lösung!“

In der Wissenschaft und im öffentlichen Diskurs werden die Begriffe „Fundamentalismus“ und „Islamismus“ häufig als Synonyme verwendet. Doch wie sich nun „Fundamentalisten“ von „Islamisten“ unterscheiden, das ist ein wenig fruchtbarer Streit um Begriffe. Am besten unterscheiden wir Fundamentalisten und Islamisten durch ihre Einstellung zur politischen Aktion. Vereinfacht gesagt: Die Fundamentalisten erhoffen die „(Re-)Islamisierung“ ihrer für defizitär gehaltenen islamischen Gesellschaften und der Welt der „Ungläubigen“ in erster Linie von der friedlichen „Einladung“ zum Islam („da’wa“). Die Annäherung an dieses Ziel geschieht in variablen Formen, z.B. durch die schrittweise Ausweitung islamkonformer Lebensweisen, die begrifflich als „Anerkennungs“- und „Identitätspolitik“ beschrieben werden kann.⁵ Die Islamisten verleihen dieser „Einladung“ („da’wa“) eine besondere politische Dynamik: Der „wahre“ Islam soll in erster Linie mit politischen Mitteln durchgesetzt werden, ggf. auch mit Gewalt. Auf eine kurze Formel gebracht: Islamismus ist Fundamentalismus in politischer Aktion mit dem Ziel der „islamgemäß“ Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Errichtung eines islamischen Staates. Der Islamismus basiert aber auf Grundprinzipien des religiösen Fundamentalismus. Die Islamisten folgen einem buchstäblichen – gleichwohl selektiven – Verständnis des Koran (als das unerschaffene, unveränderbare, zeitlos geltende Wort Gottes) und verwerfen Ansätze eines historisch-kritischen Koranverständnisses als „bid’ā“ („Neuerung“) oder „Unglauben“.

Bislang ist der Islamismus von keiner religiösen Autorität im Islam als „unislamisch“ verworfen worden. Auch Islamisten werden als Muslime gesehen, denn gemeinsam mit allen Muslimen folgen sie den religiösen Hauptpflichten des Islam (Glaubensbekenntnis, rituelles Gebet, Fasten, Almosengeben und Wallfahrt nach Mekka) und den sechs zu glaubenden Wahrheiten (an Allah als den Einen und Einzigen – „tawhid“ –, die Propheten, die Bücher, die Engel, das Schicksal und den Jüngsten Tag).

Im wissenschaftlichen Diskurs finden wir verschiedene Vorschläge, unter den Islamisten (idealtypische) Differenzierungen zu treffen, so z. B. nach „geo-kulturellen“ Trends oder „Familien“: So gebe es eine „indisch-sunnitische“ Familie, die ganz wesentlich aus dem Denken und den Lehren des indischen Journalisten Sayyid Abu A’la Maududi (1903–1979) und seiner Partei Jama’at-e-Islami schöpfe, eine „iranisch-schiitische“, begründet von Ayatollah Ruhollah Mussawi Khomeini (1900–1989), und schließlich eine „arabisch-sunnitische“, deren herausragende Repräsentanten Hasan al-Banna (1906–1949), der Gründer der Muslimbruderschaft, und deren Chefideologe Sayyid Qutb (1906–1966) gewesen seien.⁶ Eine andere Systematik schlagen Wissenschaftler des Kairoer „Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies“ vor: Sie unterscheiden grundsätzlich zwischen „religiösen islamistischen“ und „soziopolitischen Bewegungen mit einer islamistischen Plattform“.⁷ Den „religiösen islamistischen“ Bewegungen ordnen sie Gruppen zu, die entweder den Islam „friedlich“ durch Mission verbreiten möchten oder die die erstrebte Transformation mit Gewalt durchsetzen wollen („Jihadi-Gruppen“). Die „Jihadis“ wiederum werden nach ihren grundlegenden politischen Zielen und der Reichweite ihrer Aktivitäten unterschieden: Es gebe „lokale“ Gruppen, die sich auf den Kampf gegen ihre vermeintlich „unislamischen“ und ungerechten Regierungen beschränkten (wie z. B. die ägyptische Jama’at al-Islamiya). Wieder andere strebten als Minderheit in einem nicht-islamischen Land nach Separation (Kaschmir, Tschetschenien). Schließlich gebe es die global operierenden Dschihadisten wie z. B. Al-Qaida. Die „soziopolitischen“ Bewegungen werden nur nach dem Kriterium der Gewaltanwendung eingeteilt: friedlich oder militant.

Diese Typologie ist zwar anregend, wirft aber Abgrenzungsfragen auf, vor allem im Blick auf die intendierte Reichweite der Bewegungen („lokal“ und/oder „global“), die Bedeutung der Religion für die politische Ideologie und die Einteilung nach dem Merkmal „friedlich“ bzw. „militant“. Sind die schiitische Hisbollah im Libanon und die „radikalislamische“ Hamas nur „lokale“ Gruppen, weil sie ihre Gewalt auf die Region konzentrieren, oder sind sie nicht mit ihren als Wohlfahrtsorganisationen getarnten Netzwerken sowie ihren virtuellen Botschaften im Fernsehen und im Internet (z. B. Al-Manar, Hamas-TV, Al-Aqsa Tube) zugleich globale ideologische Player im weltweiten „dschihad“? So beziehen sich die „soziopolitischen“ Gruppen doch ebenso wie die „religiösen“ auf die Religion des Islam, während umgekehrt auch die „religiösen“ eine soziale und politische Agenda verfolgen. Auch ist fraglich, ob die „friedlichen“ Gruppen tatsächlich so „friedlich“ sind, wie sie scheinen. Ferner ist die Gewaltfrage bei der Typologisierung des Islamismus nur ein Element und nicht das entscheidende.

Im Zentrum des Islamismus stehen die politische Ideologie und die darauf basierenden politischen Leitideen und Ziele. Hier gibt es ohne Zweifel grundlegende ideologische und politische Gemeinsamkeiten unter den islamistischen Bewegungen, wie ihre Geschichte und Entwicklung zeigt und wie es auch in unserer Definition festgehalten ist. Unterschiede bestehen vor allem im Blick auf die konkreten politischen Zielvorstellungen (z. B. in der Frage der Organisation des „islamischen Staates“) sowie in Fragen von Strategie und Taktik (z. B. in der Haltung zur Gewalt). Wenn wir uns auf die Frage der Strategie und Taktik konzentrieren, so lassen sich zwei Grundtypen von Islamismus unterscheiden: ein „reformistischer“ Islamismus, der auf dem Wege mehr oder weniger friedlicher „da’wa“ und legaler politischer Aktion die schrittweise Islamisierung von Staat und Gesellschaft anstrebt, und ein „revolutionär-militanter“, der auf die Überwindung sowohl „unislamischer Systeme“ in der islamischen Welt als auch des westlichen „Säkularismus“ durch revolutionären Umsturz abzielt. Eine Variante dieses revolutionär-militanten Islamismus ist der „dschihadistischterroristische“, deren Vertreter entweder z. B. in der Linie der Ideologie und der Aktionen Al-Qaidas für die globale Weltherrschaft des

Islam kämpfen (der „ferne Feind“) und/oder nach der Wiederherstellung des „wahren Islam“ im nationalen (islamische Staaten) oder regionalen Rahmen (z. B. Palästina) streben (der „nahe Feind“).⁸

Die „International Crisis Group“ hat vorgeschlagen, drei Typen von Islamismus zu unterscheiden: „political“ („al-harakât al-islamiyya al-siyasiyya“, d. h. die islamischen politischen Bewegungen und Parteien, z. B. die Muslimbrüder und die türkische AKP), „missionary“ („al-da’wa“, vor allem die Tablighi Jama’at und die Salafiya) und schließlich „jihadi“ („al-jihad“, d. h. alle, die den bewaffneten Kampf gegen den „nahen“ und/oder „fernen“ Feind befürworten). Auch das wäre eine mögliche Differenzierung, allerdings ist die Bezeichnung „political“ für den ersten Typ doch zu allgemein, denn auch der „missionarische“ und gewiss der „dschihadistische“ Islamismus sind „politisch“, wenn auch mit unterschiedlichen Zielen und Aktionsformen.⁹

Der Islamismus politisiert Religion und Kultur: „In unserem Islam“, erklärte ein Imam in einer Londoner Moschee, „beschäftigen wir uns nicht mit Gott, sondern mit Palästina, Kaschmir, Afghanistan und Irak.“¹⁰ Islamismus ist Religion in politischer Bewegung, aber die Islamisten lösen die Religion auch nicht in Politik auf. Die Religion bleibt, so mangelhaft das Wissen und Verständnis mancher Islamisten von der eigenen Religion auch sein mag, ihr dynamisches spirituelles Zentrum. Sie liefert die geistig-politischen Grundkategorien, aus denen sie ihre Visionen und Utopien zur Errichtung eines islamischen Staates entwickeln. Sie verleiht ihnen Motivation und Kraft, ohne Rücksicht auf das eigene Leben für die Sache „des Islam“ zu streiten.

Islamisten erheben einen universalen religiösen Wahrheits- und politischen Herrschaftsanspruch. Der Islam habe alle anderen Religionen und Ideologien der Welt siegreich überboten. Die vor dem Islam entstandenen monotheistischen Religionen (Judentum und Christentum) enthielten zwar auch Elemente der „wahren“ Offenbarung Gottes, seien aber von Juden und Christen verfälschte Varianten („tahrif“) der einen wahren Religion. „Die Religion bei Gott“ ist der Islam, so steht es im Koran (Sure 3,19; 3,85). Es dominiert ein schlichtes Schwarz-Weiß-Denken. Die

Idealisierung der eigenen Religion geht einher mit der Abwertung aller anderen Religionen und Weltanschauungen. Hier die „wahre Religion“ und „beste Gemeinschaft“, die „das Rechte gebietet und das Verwerfliche verbietet“ (Sure 3,110) in Gestalt des „Hauses des Islam“ („dar-al-islam“), dort die gottlose, dekadente, bindungslos-individualistische, konsumistisch-materialistische und imperialistische Welt der „Ungläubigen“ im „Westen“ („dar-al-harb“ – „Haus des Krieges“). Der Islamist Abdullah el-Faisal aus Großbritannien bringt es wie folgt auf den Punkt: „Es gibt heutzutage zwei Religionen, die richtige und die falsche. Der Islam steht gegen den Rest der Welt.“¹¹ Zwar sind die Muslime von der „Wahrheit“ ihrer Religion überzeugt und glauben, dass Gott ihre religiöse Gemeinschaft vor den anderen ausgezeichnet hat (vgl. Sure 3,110). Doch muss diese Überzeugung nicht zwingend in eine Haltung münden, die eine Anerkennung von und ein friedliches Zusammenleben mit anderen Religionen grundsätzlich unmöglich macht. Die Islamisten sind dazu jedoch nicht bereit. Sie betonen und überspitzen die „Auszeichnung“ der Muslime im Sinne eines auch politisch durchzusetzenden Überlegenheits- und Herrschaftsanspruchs des Islam gegenüber allen anderen Religionen. Somit ist der Islamismus auch eine Ideologie der Ungleichheit: Hier die „wahre“ Religion, dort die „falschen“ Religionen, die in die Irre gehen. Es ist die Pflicht der „wahren Gläubigen“ (Muslime), die ganze Welt in das „dar-al-islam“, das „Haus des Islam“, zu führen. Erst dann werden überall Frieden und Gerechtigkeit herrschen. Damit wird auch ein territorialer Herrschaftsanspruch formuliert, der ideologisch in den Konzeptionen des „heiligen Raumes“ und der „hidschra“ ausgedrückt wird: Was einmal zum Islam gehört hat, bleibt im Islam und muss, falls es verloren gegangen ist, neu erobert werden. Am Anfang dieses Eroberungsprozesses steht der „Auszug“ („hidschra“), die Trennung von den „Ungläubigen“, gefolgt vom „dschihad“ im Sinne der Eroberung des Territoriums der „Ungläubigen“.¹²

¹ Ich kann mich dem skeptischen Verzicht Stefan Weidners „auf ein Wissen über die wahre Natur des Islams“ anschließen, wenn damit der Anspruch auf „Wesensbestimmungen“ zurückgewiesen

werden soll. STEFAN WEIDNER, *Manual für den Kampf der Kulturen. Warum der Islam eine Herausforderung ist*. Frankfurt a. M./Leipzig 2008, 95ff., 152.

- ² UWE BACKES/ECKHARD JESSEN, *Vergleichende Extremismusforschung*. Baden-Baden 2005, 23f. Zur Einordnung des Islamismus als politischen Extremismus vgl. 201ff. Zum theoretisch-normativen Hintergrund des Extremismusbegriffs vgl. UWE BACKES, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen, 1989 289ff.
- ³ HANNAH ARENDT, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft* (1951). München ¹⁰2005, 964.
- ⁴ Aus dem Film *Hamburger Lektionen von Romuald Karmakar* (2006).
- ⁵ Zum Begriff der „Identitätspolitik“ vgl. THOMAS MEYER, *Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede*. Frankfurt a. M. 2002.
- ⁶ LAURA GUAZZONE, *Islamism and Islamists in the Contemporary Arab World*. In: LAURA GUAZZONE (Hrsg.), *The Islamist Dilemma. The Political Role of Islamist Movements in the Contemporary Arab World*. Reading 1995, 13.
- ⁷ Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies (Hrsg.), *The Spectrum of Islamist Movements* (aus dem Arabischen). Berlin 2007, 16ff.
- ⁸ Zu den Begriffen des „nahen“ und „fernen Feinds“ vgl. GUIDO STEINBERG, *Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus*. München 2005.
- ⁹ INTERNATIONAL CRISIS GROUP, *Understanding Islamism. Middle West/North Africa Report* Nr. 37, 2. März 2005.
- ¹⁰ AMID TAHERI, „We don't do God, we do Palestine and Iraq“. *Sunday Times*, 12. Februar 2006.
- ¹¹ www.danielpipes.org/pf.php?id=4254.
- ¹² Zu diesem Aspekt vgl. PATRICK SOOKDHEO, *Faith, Power, Territory. A Handbook of British Islam*. McLean 2008, 45ff.

2. Ursachen und Ausbreitung des Islamismus

Islamistische Bewegungen breiteten sich seit dem Ende der Sechzigerjahre des 20. Jahrhundert in der islamischen Welt aus. Aufgrund von Wanderungs- und Fluchtbewegungen und des damit verbundenen Ideologieimports haben sie auch in Europa Fuß gefasst. Nach durchaus realistischen Annahmen werden ca. sieben bis fünfzehn Prozent der Muslime weltweit als „politisch radikaliert“ und daher als Sympathisanten oder Aktivisten des Islamismus eingeschätzt.¹ Die zeitgeschichtlichen Hintergründe für den Aufstieg und die politischen Erfolge der islamistischen Bewegungen finden wir in den internationalen Konflikten sowie den sozioökonomischen und soziokulturellen Krisen in der islamischen Welt nach 1945. Der Schock der Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 und die damit verbundene Kompromittierung des arabischen Nationalismus und Sozialismus, die die Leitideen für den erfolgreichen Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus gewesen waren, lösten eine islamistische Renaissance aus. In dieser Zeit entstanden in Nordafrika, den arabischen Staaten, im Nahen Osten, Asien, den USA und Europa islamistische Bewegungen. Die militärische Niederlage war für die Islamisten der Tiefpunkt in der Identitätskrise der islamischen Welt, die seit dem Kolonialismus und Imperialismus im 19. Jahrhundert sowie dem Kollaps des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg schwelte. Die Islamisten deuten solche geschichtlich-politischen Ereignisse und Prozesse als Belege für den „Krieg des Westens“ gegen „den Islam“. Das Sündenregister „des Westens“ wird weit in die Geschichte des Verhältnisses von „Abendland“ und „Morgenland“ zurückdatiert: Schon seit dem Auftreten des Islam habe „das Abendland“ gegen „den Islam“ gekämpft. Dieser Kampf beginne mit den

Attacken des Byzantinischen Reiches im 7. Jahrhundert, setze sich in den Kreuzzügen seit dem 11. Jahrhundert fort und habe im 19. Jahrhundert mit dem Kolonialismus und Imperialismus der westlichen Mächte seine moderne Ausprägung gefunden. Die „Balfour-Deklaration“ von 1917 zur Schaffung einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina und die Gründung des Staates Israels 1948 trotz des erbitterten Widerstands der arabischen Nachbarn sei ein perfider Akt „des Westens“ gewesen mit dem Ziel, die Palästinenser zu unterdrücken und die arabische Welt durch die Installierung eines „westlich-imperialistischen“ Brückenkopfs und Vorpostens zu spalten. Und noch weitere „feindselige“ Akte hätten den Vernichtungswillen des „Westens“ gegenüber „dem“ Islam dokumentiert: die Politik Israels und der Nahost-Konflikt, der Golfkrieg 1991, der Bosnienkrieg 1992–1995, das Irak-Embargo 1991–2003, die Interventionen der Sowjetunion 1980 sowie der USA 2001 in Afghanistan, der Irak-Krieg 2003, der Libanon-Krieg 2006 und „Israels Aggression“ gegen die Hamas-Regierung im Gaza Streifen 2008/09. Die Islamisten wähnen sich von Feinden umzingelt, die sich gegen die wahren Gläubigen verschworen hätten. Die drei „Hauptfeinde“ sind, wie es die dschihadistischen Ideologen ausdrücken, „die Kreuzfahrer“, die „Juden“ und die „Handlanger“ der beiden Ersteren, d. h. pauschal „der Westen“ mit der „hegemonialen Führungsmacht“ USA und ihren Verbündeten. Stets sind „die anderen“ an allen Krisen, Defiziten und Mängeln der islamischen Welt schuld. Islamisten sind unfähig zur Selbstdistanz und Selbstkritik. So verdichten sich Erfahrungen, selektive Wahrnehmungen und Deutungen einer vermeintlich endlosen Kette anti-islamischer Geisteshaltungen und Aktivitäten am Ende zu einer paranoiden Ideologie eines „clash“ zwischen „dem Islam“ und „dem Westen“, von einem Krieg der Religionen und Kulturen, in dem es nur einen Sieger geben darf: das „Haus des Islam“ („dar-al-islam“).

Die Islamisten kämpfen nicht nur gegen „den Westen“. Sie attackieren gleichzeitig die „säkularisierten“ (nationalistisch und/oder sozialistisch orientierten) politischen Eliten ihrer Herkunftsländer als vom Westen korrumptierte, selbstsüchtige, diktatorische und machtbesessene Potentaten. Sie werden als verabscheuungswürdige „Heuchler“ („munafiqun“) verurteilt,

denen im Koran mit dem Höllenfeuer gedroht wird (z. B. Sure 9,73; 4,140). Die beklagenswerte wirtschaftliche und soziale Realität in vielen arabisch-islamischen Staaten, geprägt von wirtschaftlicher Stagnation, Misswirtschaft, Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut, Analphabetismus und geringer Bildung, ist nach Auffassung der Islamisten auch Ergebnis der Politik der repressiven autoritären Regime, die vom „wahren Islam“ abgefallen seien und die Ausbreitung des „Heidentums“ („jahiliya“) in den islamischen Gesellschaften zugelassen hätten.

Die „Iranische Revolution“ 1979 war ein entscheidender Meilenstein für den Erfolg islamistischer Bewegungen. Erstmalig hatte der Islamismus mit Ayatollah Khomeini an der Spitze die Macht in einem Staat erobert. Ermutigt durch das iranische Vorbild versuchte am 20. November 1979 eine Gruppe von Islamisten in Saudi-Arabien einen Volksaufstand gegen das autoritäre Regime der Familie Saud auszulösen. Sie stürmten mit Waffengewalt die Große Moschee in Mekka. Erst nach Wochen gelang es den Sicherheitskräften, die Besetzer zu besiegen. Die Islamisten hatten ihre unbedingte Entschlossenheit zur terroristischen Aktion eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der Angriff auf Mekka sollte das Fanal zur Bekehrung der Gläubigen zum „wahren Islam“ sein und die saudischen Massen gegen das autoritäre Regime mobilisieren. Beides gelang nicht, doch die Islamisten hatten zumindest einen Achtungserfolg bei den Kritikern der Regierung erzielt.² Auch in Afrika gab es Erfolge der Islamisten: Zehn Jahre nach der „Iranischen Revolution“ setzten sich die Islamisten unter Führung des islamistischen Rechtsgelehrten Hassan al-Turabi im Sudan durch und führten die Scharia als staatliche Rechtsordnung ein.

Der Aufschwung und die nachhaltige Stärkung des Islamismus wurden durch politische Entwicklungen in Pakistan und Afghanistan erheblich befördert. Seit 1977 trieb Präsident Zia ul-Haq (1924–1988), beraten von dem Islamisten Maududi, in Pakistan die Islamisierung des Landes voran. Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember 1979 formierte sich der Widerstand muslimischer „mudschahidun“ (Kämpfer). Der Kampf gegen die kommunistischen Besatzer wurde mit massiver Unterstützung islamistischer Netzwerke in Pakistan, die vor allem bei

afghanischen Flüchtlingen Zuspruch fanden, geführt und als „dschihad“ verstanden. Die Golfstaaten und die USA unterstützten – aus jeweils sehr unterschiedlichen Interessen heraus – den Kampf gegen die Sowjetunion. Die Vertreibung der Sowjets 1989 wurde von den Islamisten als Sieg der „islamischen Sache“ verstanden und stärkte ihr Selbstbewusstsein. Der Sieg der Taliban im afghanischen Bürgerkrieg 1996, der Bürgerkrieg in Algerien in den Neunzigerjahren, der Golfkrieg 1991 und der Bosnienkrieg 1992–1995 waren weitere wichtige Etappen für die Entwicklung und Stärkung islamistischer Gruppen, die sich als religiös legitimierte „Gotteskrieger“ im Kampf gegen „den Westen“ verstanden, allen voran der zu diesem Zeitpunkt nur wenigen bekannte Saudi Osama bin Laden. Der Afghanistan-Krieg 2001 („war on terror“) sowie die Zerschlagung des Regimes von Saddam Hussein im Irak 2003 und die nachfolgende Besetzung des Landes bildeten den Hintergrund für die Stabilisierung und nachhaltige Stärkung islamistischer Bewegungen und dschihadistischer Terrorgruppen. Der terroristische Dschihadismus fand im Irak eine neue Operationsbasis. Hinzu kommt der ungelöste Nahostkonflikt, den islamistische Gruppen wie die „Hamas“, der „Islamische Dschihad“ und die schiitische „Hisbollah“ zum Religionskonflikt zwischen Muslimen und Juden, „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ überhöht haben und der den Islamisten ständigen Zulauf beschert.

Der Islamismus hat geistesgeschichtliche und politische Wurzeln, die weit in die Geschichte des Islam zurückreichen und eng mit der Entwicklung fundamentalistischer Ideen und Strömungen verbunden sind.³ Hier wird die Verbindung von religiösem Wahrheitsanspruch und politischer Herrschaft sichtbar. In den intellektuellen Führungszirkeln der islamistischen Gruppierungen wird auffallend häufig auf bestimmte Gelehrte aus der islamischen Religions- und Philosophiegeschichte Bezug genommen. Zu ihnen gehört der Philosoph und Rechtsgelehrte Abu Hamid Al-Ghazali (1058–1111), der im 11./12. Jahrhundert gegen die rationalistische Philosophie der Mu'tazila polemisierte und entscheidend dazu beitrug, eine gegen die autonome Vernunft gerichtete Denkweise zu befördern. Die islamistischen Intellektuellen verehren ferner den Rechtsgelehrten Ibn Taymiyya (1263–1328), der einen strengen konservativen Reformismus vertrat, als „Sheikh al-

Islam al-Akbar“ („großer Lehrer des Islam“). Taimiyya predigte die Rückkehr zu den Fundamenten des Islam, die Reinigung des Glaubens von Häresien und abergläubischen Praktiken (die er vor allem in den Sufi-Orden verkörpert sah) und die kompromisslose Durchsetzung der Scharia.

Die „Wahabiya“, die dogmatische und sittenstrengste Richtung, die auf den Rechtsgelehrten Muhammad b. Abd Al-Wahhab (1704–1792) zurückgeht, wurde zum Vorbild vieler Islamisten, weil sie die konsequente Umsetzung der buchstäblich verstandenen Gebote Gottes forderte, eine scharfe Abgrenzung von den „Ungläubigen“ („kuffar“) vollzog und zum Kampf gegen sie aufrief. Auch wurden Muslime stigmatisiert, die angeblich vom Glauben abgefallen waren und „häretischen“ Lehren folgten („takfir“ = Erklärung zum Ungläubigen/Abgefallenen). Von besonderer Bedeutung wurde die Interpretation des „dschihad“ als einer kollektiven Pflicht („fard kifaya“) für die wahren Gläubigen, nicht nur die „Ungläubigen“ zu bekämpfen, sondern auch gegen „häretische“ Muslime und Abgefallene („Apostaten“) vorzugehen. In Verbindung mit dem arabischen Herrscherhaus Saud gelang der Bewegung der Wahabiya schließlich die politische Durchsetzung dieser puritanischen, rigoristischen Interpretation des Islam in ihrem Einflussbereich. Über die von Saudi-Arabien finanzierte „Islamische Weltliga“ und ihre zahlreichen Unterorganisationen behauptet die Wahabiya bis heute eine starke, ja dominante Position im Weltislam. Obwohl die Islamisten die Ideen von Salafiyat und Wahabiya weitgehend übernahmen, opponierten sie gleichzeitig politisch gegen die enge Bindung der Wahabiya an das autokratische saudische Herrscherhaus, das sie als opportunistisch und korrupt geißelten.

Ein informeller Kreis von anti-kolonialistisch orientierten Rechtsgelehrten und Intellektuellen forderte im 19. Jahrhundert einen erneuerten, „reinen“ Islam, befreit von der Mystik und den Praktiken des muslimischen Volksglaubens, lediglich gestützt auf den Koran und die Sunna sowie die „rechtgeleiteten Gefährten“. Sie wurden als „Salafiten“ („al-salaf al-salih“) bezeichnet. (Der Begriff salaf, Plural aslāf, bedeutet wörtlich: Vorgänger; Vorfahren, Ahnen.) Von einer schöpferischen Neuinterpretation der Quellen

im Lichte der Herausforderungen der modernen Zeit erhofften sie sich eine tief greifende „Reform“ des in die Krise geratenen Islam. Darin lag auch ein durchaus reformistisch ausdeutbares Konzept, das keineswegs nur anti-westlich und anti-modern war. Hauptvertreter dieser Reformgruppe waren der Iraner Jamal al-Din al-Afghani (1839–1897), der Ägypter Muhammad Abduh (1849–1905) und sein Schüler, der Syrer Rashid Rida (1865–1935). Rida verband die Ideen der Salafiya mit pan-islamischen Positionen (er befürwortete ein „arabisches Kalifat“) und dem puritanisch-aktivistischen Ansatz der Wahabiya. Das Beispiel von Rida zeigt jedoch die Ambivalenz der Salafiya, die im 20. Jahrhundert ihre liberal-reformistische Färbung bald verlor, immer stärker die Ideen der fundamentalistischen Wahabiya aufnahm und spätestens in den Siebzigerjahren mit dieser zu einer Denkrichtung verschmolz („Neo-Salafiya“).⁴ Geistig eng verbunden mit der Salafiya waren auch die orthodox-konservative Reform- und Bildungsbewegung der Deobandi in Indien und die konservativ-puritanische, transnationale Missionsbewegung der „Tablighi Jama‘at“ (gegründet 1926/27 von dem Inder Muhammad Ilyas).

Die wichtigsten geistig-politischen Väter des Islamismus im 20. Jahrhundert waren:

Der Ägypter Hasan al-Banna (1906–1949), ein Lehrer, gründete 1928 die Muslimbruderschaft („Jam‘iyāt Al-Ikhwān al-Muslimūn“). Die Muslimbruderschaft entwickelte seit den Dreißigerjahren ein Netzwerk von Bildungsinstitutionen und karitativen Einrichtungen und gewann eine Massenbasis vor allem in der städtischen Mittelschicht und unter den Bauern. Der Islam ist nach Hasan al-Banna gleichermaßen „Kult und politische Führung, Religion und Staat, Vaterland und Nationalität, Spiritualität und Aktion, Gebet und Kampf, Gehorsam und Herrschaft, Koran und Schwert“.⁵ Das Credo der Muslimbruderschaft lautet bis heute unmissverständlich:

„Allah ist unser Ziel.

Der Gesandte ist unser Führer.

Der Koran ist unser Gesetz.

*Der Dschihad unser Weg.
Auf dem Wege für Allah zu sterben,
ist unsere größte Hoffnung.“⁶*

Die Schriften al-Bannas, die bis in die Gegenwart in islamistischen Kreisen, vor allem in Europa, gelesen werden, und seine politische Praxis zeigen, dass er sich geschickt an die jeweils konkreten politischen Bedingungen anzupassen wusste und eine moderne politische Sprache verwendete. Al-Banna und seine Gefolgschaft lehnten die westliche säkulare Rechtsordnung mit ihrer Trennung von Staat und Religion, mit ihren universalen Menschenrechten und ihrer pluralistischen Demokratie als „islamfremd“ ab. Das Fernziel der Muslimbruderschaft war und ist die weltweite Durchsetzung der „wahren“ islamischen Herrschaftsordnung, also ein Staat, in dem die Scharia unmittelbar gilt und diejenigen herrschen, die wissen, was der Wille Allahs ist. Die Methoden sind dabei je nach den regionalen Gegebenheiten flexibel. So reicht der „dschihad“ von der friedlichen Durchdringung der „ungläubigen“ Gesellschaften von innen mittels Mission („da’wa“), zivilgesellschaftlicher Partizipation und Beteiligung an Wahlen bis hin zu revolutionär-militanten Aktionen.

Die Muslimbruderschaft hatte stets ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. In den 1940er Jahren bildete die Organisation einen „geheimen Apparat“, dessen militante Aktivisten Anschläge gegen britische Soldaten sowie ägyptische Polizisten und Regierungsvertreter verübten. Am 6. Dezember 1948 wurde die Bruderschaft wegen Waffenbesitzes verboten, drei Wochen später wurde der ägyptische Ministerpräsident al-Nuqrashi von einem Muslimbruder ermordet. Die Vergeltung folgte auf dem Fuß. Al-Banna fiel am 12. Februar 1949 einem Anschlag des ägyptischen Geheimdienstes zum Opfer. Nach dem Putsch der „freien Offiziere“ im Jahre 1952 zunächst wieder zugelassen, wurde die Organisation 1954 erneut verboten und ihre Anhänger verfolgt, weil ein Muslimbruder versucht hatte, Präsident Nasser zu töten. Doch das war nur der äußere Anlass, denn Nasser hatte sich schon seit Längerem mit den Muslimbrüdern überworfen, weil diese gegen seinen nationalistischen Kurs opponierten. Die Verfolgung hielt mehr oder weniger intensiv bis in die Achtzigerjahre an, obwohl

Nassers Nachfolger, Anwar as-Sadat (1918–1981), in seinem Kampf gegen die politische Linke die Islamisten zu instrumentalisieren versuchte und ihnen dabei Gelegenheit gab, sich neu zu formieren und stärker zu werden. Das Verbot der Muslimbruderschaft gilt offiziell heute noch, obwohl die Muslimbrüder zu den ägyptischen Parlamentswahlen, wenn auch nicht als eigenständige Partei, kandidieren durften und auch einige Parlamentssitze eroberten.

Die Organisation ist gegenwärtig in mehr als siebzig Ländern vertreten, wo sie unter verschiedenen Namen ein Netzwerk von Wirtschaftsunternehmen, Wohlfahrtsorganisationen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen und politischen Lobbygruppen unterhält. Eine „Internationale Organisation“, deren Funktionsweise weitgehend verborgen ist, soll die weltweiten Aktivitäten koordinieren. Vor allem in Ägypten, Jordanien, Syrien, Palästina (Hamas!) und Indonesien hat die Muslimbruderschaft eine bedeutende Anhängerschaft. Hassan at-Turabi (geb. 1932), der mit seiner „Nationalen Islamischen Front“ für kurze Zeit (1989–2001) im Sudan an der Macht war, zeigte sich stark von den Ideen der Muslimbruderschaft geprägt. In Jordanien hat sie sich seit 1946 einen gewichtigen politischen Einfluss gesichert, geschützt vom haschemitischen Königshaus, das die Muslimbruderschaft zeitweise in seine Politik einbinden konnte. Strategisch klug hat die Muslimbruderschaft die Monarchie nie offiziell infrage gestellt und sich dadurch bis heute erheblichen politischen Handlungsspielraum bewahrt. Sie hat sich an Wahlen beteiligt und ist gegenwärtig im jordanischen Parlament mit sechs Sitzen vertreten.

Die Einschätzung einiger Wissenschaftler, in der Entwicklung der Muslimbruderschaft, z.B. in Ägypten und Jordanien, werde ein Pragmatismus sichtbar, der hoffen lasse, und die Organisation werde sich schließlich auch in anderen Ländern in eine respektable demokratische Kraft verwandeln, ist mehr als zweifelhaft.⁷ Die Muslimbruderschaft ist weder gewillt, sich kritisch mit ihren die Gewalt legitimierenden Traditionen auseinanderzusetzen, noch wird sie dem totalitären islamistischen Glaubenssatz „Der Islam ist die Lösung“ abschwören. Auch ihr neues Grundsatzprogramm lässt nicht erkennen, dass sie das Ziel der Errichtung

eines Scharia-Staates („*hakimiyyat Allah*“) mit allen negativen Konsequenzen, insbesondere für Frauen und nichtmuslimische Minderheiten, aufgegeben hätte.⁸ Die Demokratie wird nur als ein Verfahren, als eine Methode der Mehrheitsbeschaffung verstanden und nicht als grundwerteorientiertes Prinzip der Anerkennung und Garantie unveräußerlicher Menschenrechte sowie von Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit auf der Basis der Säkularität (also der Trennung von Staat und Religion). Die Beteiligung an demokratischen Wahlen sowie die zivilgesellschaftliche Partizipation sollen nur dazu dienen, die Macht zu erobern. Ist dieses Ziel erreicht, wird die Muslimbruderschaft die Macht, die sie ja auf das „göttliche Gesetz“ gegründet sieht, nicht wieder hergeben.

Ferner vertritt die Muslimbruderschaft bis heute einen massiven Antisemitismus. Von 1948 an hatte sie zum „dschihad“ gegen das „zionistische Gebilde“ aufgerufen und sich selbst mit bewaffneten Formationen am Kampf gegen Israel beteiligt. Sie akzeptiert das Existenzrecht Israels nicht. Es waren die palästinensischen Muslimbrüder unter Führung des charismatischen „Scheichs“ Ahmad Yassin, die im Zuge der ersten Intifada 1988 die „Hamas“ („Islamische Widerstandsbewegung“) gründeten und den bewaffneten „Widerstand“ – auch mit Selbstmordattentaten – forcierten. Die Muslimbruderschaft befürwortet ferner den „dschihad“ im Irak und in Afghanistan.

Von überragender Bedeutung sind bis heute die religiös-politischen Ideen des Ägypters Sayyid Qutb (1906–1966). Er war der einflussreichste Ideologe des Islamismus der Gegenwart. Qutb, 1906 als Sohn eines Landbesitzers in Oberägypten geboren, entwickelte während seines USA-Aufenthaltes 1948–1950 einen abgrundtiefen Hass auf „den Westen“. Er betrachtete die USA als die Inkarnation einer dekadenten, religionslosen, alle menschlichen Grundwerte verneinenden, schamlos-freizügigen Lebensweise. Alle Elemente der Dekadenz führte Qutb auf die Abwendung des Westens von Gott zurück. Den säkularen Staat, die Menschenrechte und die Demokratie sah er als Aufstand gegen die Souveränität Gottes und die den Menschen vorgegebenen Ordnungen an. Die verwerflichen „Taten“ des „Westens“, wie sie Qutb deutete, waren der Kolonialismus und die britische Herrschaft in Ägypten.